

# TURKEY RIGHTS & JUSTICE BULLETIN

*Weekly Human Rights & Justice Developments in Türkiye*



**CROSSBORDER  
JURISTS**

**Ausgabe 1 | Datum 21-27 September**

**28.09.2026**

Als Teil unseres Auftrags für die Rechts- und Menschenrechtsverteidigung verfolgen wir die Entwicklungen im Bereich Recht und Menschenrechte in der Türkei aufmerksam. Im Rahmen dieser Arbeit veröffentlichen wir jede Woche einen Newsletter, der die Ereignisse der Vorwoche dokumentiert und archiviert.

## **WILLKÜRLICHE FESTNAHMEN UND VERHAFTUNGEN**

**25. September:** Der Journalist Ali Tarakçı, der mit seinen Worten „Ein sehr wichtiger Minister wird zurücktreten“ in den Fokus rückte, wurde aufgrund eines Beitrags in den sozialen Medien festgenommen und anschließend [verhaftet](#). Zudem wurde eine Sperre für sein Social-Media-Konto angeordnet.

**24. September:** Im Rahmen der gegen die Süleymançı-Gemeinschaft geführten Ermittlungen wurden 20 Personen [verhaftet](#).

**22. September:** Die kurdische Schriftstellerin Suzan Samancı, die nach 18 Jahren Leben in der Schweiz in die Türkei zurückkehrte, wurde festgenommen und mit einer Ausreisesperre [belegt](#).

**21. September:** Der ehemalige Reporter der Cihan News Agency, Osman Arslan, wurde im Rahmen der Ermittlungen zu Kaşif Kozinoğlu [verhaftet](#), da er Kozinoğlus Ankunft am Gerichtsgebäude im Jahr 2011 (vor 15 Jahren) gefilmt haben soll.

## **VERSAMMLUNGS- UND VEREINIGUNGSFREIHEIT**

**22. September:** Nach einem Eingriff von Polizei und privatem Sicherheitsdienst gegen Studierende an der Ege-Universität wurden mehr als 20 Studierende festgenommen; einer der Festgenommenen wurde [verhaftet](#).

## **MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT**

**26. September:** Nach dem Ausbruch des Fonds-Skandals wurden die X-Konten von Journalisten, Akademikern und Finanzexperten gesperrt; an einem einzigen Tag wurden mindestens 80 Konten [blockiert](#).

**24. September:** Nach einer umfassenden Kapitalmarkt- und Portfoliokrise in der Türkei, von der Hunderttausende Anleger betroffen waren, begann ein weitreichender Zensurprozess; Berichte über den Fonds-Skandal wurden mit Zugangssperren [belegt](#).

## JUDIKATIVE UNABHÄNGIGKEIT UND RECHTSSTAATLICHKEIT

**27. September:** Die Staatsanwaltschaft Istanbul gab gegen 21:00 Uhr bekannt, dass im Zusammenhang mit dem Fonds-Skandal das Vermögen von 42 Personen beschlagnahmt und eine Ausreisesperre verhängt [wurde](#). Nur wenige Stunden später, gegen 23:00 Uhr, gab sie [bekannt](#), dass die vorsorglichen Maßnahmen aufgehoben wurden. Es wurde kommentiert, dass der Hauptgrund für den Rückzieher der Staatsanwaltschaft darin liege, dass es sich bei der Mehrheit der Betroffenen um AKP-Politiker und Geschäftsleute handele.

**23. September:** Im Rahmen einer Ermittlung gegen eine mutmaßliche Organisation, die gegen Geld und Vorteilsgewährung in Gerichtsakten, Ermittlungen und Rechtsverfahren an verschiedenen Gerichten in Istanbul eingegriffen haben soll, wurden 5 Richter und Staatsanwälte vom Dienst [suspendiert](#).

**22. September:** Nach der Festnahme der Bürgermeisterin von Üsküdar, Sinem Dedetaş, am 29. Juli und der anschließenden Wahl eines stellvertretenden Bürgermeisters der CHP,

hob ein Gericht diese Wahl auf. Vor der Wiederholung der Wahl wurden der stellvertretende Bürgermeister von Üsküdar, Amine Aysu Çelik, und das Ratsmitglied Ekrem Baki, die festgenommen worden waren, [freigelassen](#).

## FOLTER UND MISSCHANDLUNG

**26. September:**

Menschenrechtsverteidiger veranstalteten in Istanbul und Ankara Aktionen für die Freilassung kranker [Gefangener](#).

## GESCHLECHTERRECHTE

**21. September:** An einem einzigen Tag wurden 6 Femizide [begangen](#).

**22. September:** Im Nachgang zum 17. September wurden im Rahmen der Ermittlungen „Meine Familie ist sicher“ gegen Vorstandsmitglieder und Mitglieder von LGBTI+-Vereinen 116 Personen festgenommen, von denen 82 [verhaftet wurden](#). Als Reaktion auf diese Maßnahmen forderten Organisationen aus 65 Ländern die Türkei auf, die LGBTI+-Bewegung nicht weiter zu [kriminalisieren](#).

## KINDERRECHTSVERLETZUNGEN

**22. September:** Der Rat für Arbeitsschutz und Arbeitsgesundheit (İSİG) gab bekannt, dass im Schuljahr 2025–2026 mindestens 95 Kinderarbeiter während der Arbeit ums Leben kamen. Dem Bericht zufolge stieg die Zahl der Todesfälle unter Kinderarbeitern im Vergleich zum vorherigen Schuljahr um 32 Prozent. Von

den verstorbenen Kindern waren 28 zwischen 5 und 14 Jahre und 67 zwischen 15 und 17 Jahre alt; 14 von ihnen waren Flüchtlinge oder [Migranten](#).